



Scheerer und Tauschel: Menschenrechtslage in China muss trotz wirtschaftlicher Verflechtungen kritisch beobachtet werden

Mit rund 10% der Exporte belegt China den zweiten Platz der wichtigsten Handelspartner Baden-Württembergs. Mit Blick auf wettbewerbliche und rechtliche Unsicherheiten, sind die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Baden-Württemberg und China aber teilweise auch kritisch zu beachten. So sieht der neue Fünfjahresplan der Kommunistischen Partei einen Vorstoß Chinas in viele Wirtschaftsbereiche vor, in denen eigentlich baden-württembergische Unternehmen Spitzenreiter sind. Um den Umgang der baden-württembergischen Landesregierung mit dem Handelspartner China zu erfragen, haben sich die FDP/DVP-Abgeordneten **Hans Dieter Scheerer und Alena Tauschel** mit einer Anfrage an die Landesregierung gewandt.

„Die bemerkenswerteste Aussage von Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut auf unsere Anfrage ist der Plan des Landes eine Ostasien-Strategie zu entwickeln. Dabei hat sie doch noch nicht mal eine Strategie für die Wirtschaft in Baden-Württemberg an sich“, erklärt Scheerer. Natürlich sei es aber so, dass private Unternehmen frei entscheiden können wo und mit wem sie handeln. „Das ist auch gut so und der Kern einer freien Marktwirtschaft. Die Landesregierung muss dann aktiv werden, wenn baden-württembergische Unternehmen benachteiligt werden und Länder in Zielmärkten nicht gerechtfertigte Auflagen fordern“, sagt Scheerer, der Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Landtags ist, weiter. Ein Beispiel sei beispielsweise der fortbestehende Joint-Venture Zwang in China.

Scheerer vermisst allerdings den nötigen Mut der baden-württembergischen Landesregierung im Umgang mit China und auch die Bereitschaft, unangenehme Punkte anzusprechen. „China ist ein wichtiger Absatzmarkt für die Unternehmen in Baden-Württemberg. Die Landesregierung muss daher alles daran setzen unsere Unternehmen zu unterstützen und im Zweifel auch gegen unfaire Geschäftspraktiken oder gegen aufkommende Konkurrenten zu schützen. Dafür wird es aber mehr als die üblichen Worthülsen benötigen. Hoffmeister-Kraut ist immer schnell in der Ankündigung einer „Strategie“, die Umsetzung und Ausarbeitung wird dann aber meist vergessen. Ihre nicht vorhandene Strategie für die langfristige Aufstellung der Wirtschaft in Baden-Württemberg ist dafür ein Paradebeispiel.“



Zum Zielkonflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen und moralischer Verantwortung bleibe die Landesregierung außerdem auffällig still. „Die hohe Verflechtung der baden-württembergischen Wirtschaft mit der Volksrepublik China müssen wir vor allem vor dem Hintergrund der Menschenrechte auch kritisch beobachten. Auch wenn die Landesregierung die Bedeutung von Menschenrechten und freiheitlichen Grundwerten betont, weicht sie in ihrer Antwort den kritischen Themen zur Lage der Uiguren, den Protesten in Hong Kong und Pressefreiheit leider aus“, betont Trauschel, die europapolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Landtag ist. Einzig auf die global vereinbarten Klimaziele und nachhaltige Lieferketten wolle Baden-Württemberg pochen. „Das ist zu wenig beim Thema Menschenrechte und trotz aller wirtschaftlicher Interessen muss die Landesregierung als Exportland und wichtiger Handelspartner mit China hier klare Linie zeigen. Wie in vielen Bereichen zeigt die Wirtschaftsministerin aber wieder wenig Mut“, kritisiert Scheerer.